NIX BRAUDA! PdA BERN
DIE ROTE POST DER PDA BERN ★ NUMMER 1/2025 ★

PdA BERN: STELLUNGNAHME ZUR NEUTRALITÄTS-INITIATIVE

Die Partei der Arbeit Schweiz hat am 15. Februar 2025 beschlossen, die Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» (Neutralitätsinitiative) zu unterstützen. Die Partei der Arbeit des Kantons Bern begrüsst diese Entscheidung ausdrücklich.

Die Initiative fordert eine striktere Auslegung der Schweizer Neutralität. Die fortschreitende Annäherung an die NATO, die im Moment im Gang ist, soll gestoppt werden und jede direkte und indirekte Anteilnahme an Kriegen verhindert werden. Dies bedeutet auch den Verzicht auf einseitige Sanktionen durch die Schweiz, die heute in vielen Fällen von der EU übernommen werden und so die Glaubwürdigkeit der Schweizer Neutralität bei vielen Ländern, hauptsächlich des Globalen Südens, untergraben haben. Weiterhin gelten würden die Verpflichtungen gegenüber der UNO (zum Beispiel die Übernahme von UNO-Sanktionen). Der vierte Punkt der Initiative legt fest, dass die Schweiz diplomatische Initiativen unternimmt, um in Konflikten als Vermittlerin zu agieren. Die PdA Bern unterstützt die Forderungen im Initiativtext.

Die Initiative entspricht unserer grundsätzlichen Haltung gegen jede Annäherung an das NATO-Bündnis, das für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich ist. Die PdA Bern spricht sich auch gegen einseitige Beteiligungen an Wirtschaftskriegen aus. Obwohl Sanktionen in manchen Fällen sinnvoll scheinen mögen, beispielsweise um ein Land für den Bruch des Völkerrechts zu bestrafen, muss gleichzeitig festgehalten werden, dass Sanktionen jede diplomatische Initiative erschweren und gleichzeitig hauptsächlich die ärmsten Bevölkerungsschichten der sanktionierten Länder treffen. Die Sanktionen der EU, die teilweise von der Schweiz getragen werden, richten sich zudem hauptsächlich gegen Länder des Globalen Südens, die sich für eine vom Westen unabhängige Aussenpolitik entschieden haben. Gleichzeitig werden Alliierte des Westens, die schlimme Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen begehen, von den Sanktionen verschont (zum Beispiel Saudi-Arabien oder Israel). Mit dem Verzicht auf einseitige Sanktionen würde die Schweiz diese Inkohärenz überwinden und das Gewaltmonopol der UNO, der einzigen legitimen Vertreterin der Weltgemeinschaft, stärken.

Die Unterstützung der Initiative wurde aufgrund einer inhaltlichen Analyse des Initiativtextes beschlossen. Gleichzeitig distanzieren wir uns von rechten Gruppen, die die Initiative mitlanciert haben, die sich zwar für die Neutralität aussprechen, zur gleichen Zeit aber massiv aufrüsten wollen und somit keine kohärente Position für Entspannungspolitik, Diplomatie und Frieden vertreten. Die PdA Bern zeigt sich zudem besorgt, dass sich einige Parteien des linken Spektrums wie die Sozialdemokratische Partei und die Grünen auf die militaristische Wende in Europa zumindest teilweise eingelassen haben.

Die PdA Bern setzt sich das Ziel einer blockfreien Schweiz, die durch ihre Neutralität gegen die neue Blockkonfrontation ankämpft und der Diplomatie den Vorrang gibt. Sie unterstützt die Bewahrung einer strikt auf Verteidigung ausgerichtete Armee, die jedoch einen Demokratisierungsprozess durchlaufen muss. Ebenfalls stellen wir uns gegen jedes Aufrüstungsbestreben, und setzen uns vielmehr für eine fortschreitende Abrüstung und Reduktion der Militärausgaben auf ein Minimum ein.

PdA Bern

ERFOLGE DER PDA/ POP BIEL/BIENNE

Die PdA konnte in Biel, trotz ihrer eher bescheidenen Stärke im Parlament, einige Erfolge erzielen.

Ein immer wiederkehrendes Thema ist der motorisierte Individualverkehr in Biel. Da konnte die PdA einige Erfolge im Bereich Verkehrsberuhigung erzielen. Zuletzt wurde eine, von der PdA mitgetragene Durchfahrtssperre im Bereich des Bahnhofs eingerichtet. Oder auch diverse Begegnungszonen wurden von der PdA «angestossen».

Aber der grösste Erfolg der PdA ist wohl die Rettung der Institution «l'étrive – atelier socio-professionel». Da muss ich ein wenig ausholen:
L'étrive ist eine Institution, die den Fokus auf die Integration und Inklusion von Menschen mit Einschränkungen legt.
Vor einigen Jahren wurde der Institution der Mietvertrag gekündigt. Das Gebäude sollte einem Neubau Platz machen.
So mussten sich die Verantwortlichen auf die Suche nach einer Folgelösung machen. Nach aufwändiger Suche und Recherche wurde l'étrive fündig. Das von der Firma Victorinox aufgegebene Produktionsgebäude im Stadtteil Bözingen stellte sich als ideal für die Zwecke der Institution heraus.
So wurde die Planung für den Umbau und diverse baulichen Massnahmen angegangen. Ebenso die Finanzierung musste gesichert werden.

Als sich das Projekt auf der Zielgeraden befand ereignete sich folgendes:
Die Stadt Biel hat seit langer Zeit eine grosse Unterkapazität an Schulräumlichkeiten. Jetzt kommt etwas unrühmliches für die Stadt Biel.
Der damalige verantwortliche Gemeinderat für Schulen und Soziales schickte seine Späher aus. Auch sie stiessen auf den ehemaligen Victorinox Standort. Doch musste die Stadt feststellen, dass bereits ein Vorvertrag für das Gebäude unterzeichnet war. Was nun?

Der Gemeinderat gelangte an l'étrive mit der Angabe, dass das angesprochene Gebäude für Schulzwecke verwendet werde müsse.
So kam es, dass das Geschäft im Stadtrat traktandiert wurde. Und zwar nach-traktandiert, weil der Vertrag zwischen Victorinox und l'étrive kurz vor der Unterzeichnung stand und die Stadt der Unterzeichnung zuvorkommen wollte. Es musste also schnell gehen.

Bei der Vorbereitung auf die Stadtratssitzung studierte ich die vom Gemeinderat ausgestellten Papiere sorgfältig. Dabei beschlich mich ein ungutes Gefühl.
Zunächst fragte ich beim Gemeinderat nach, wie das Geschäft aufgegleist worden sei. Die Antworten konnten mich nicht befriedigen. Also gelangte ich direkt an l'étrive.
Die damalige Geschäftsleiterin stellte für mich die ganzen Papiere, die im Zusammenhang mit dem anstehenden Geschäft waren, zusammen. Hunderte Dokumente, darunter viele Planungspapiere und auch ausgedruckte Mails des verantwortlichen Gemeinderats. Ich arbeitete mich durch den Berg und stellte konsterniert fest: der Gemeinderat setzte die Institution unter Druck. Verbale Entgleisungen und pseudo juristische Aussagen tauchten beim Studium auf.

Was nun?
Vor der entscheidenden Stadtratssitzung versuchte ich andere ParlamentarierInnen davon zu überzeugen, dass der vom Gemeinderat eingeschlagene Weg keinesfalls korrekt sei und dass das weitere Bestehen von l'étrive stark gefährdet sei.
Es gelang mir nicht eine Mehrheit der RatskollegInnen zu überzeugen.
So musste ich eine andere Taktik fahren: nach genauer Durchsicht des Ratsreglements stellte ich fest, dass nach-traktandierte Geschäfte durch fünfzehn ParlamentarierInnen gestrichen werden können. Also ein Nichteintreten. Aha!
Also musste ich bei der Stadtratssitzung einfach die Streichung des Geschäfts beantragen, Das machte ich denn auch. Und siehe da: es waren mehr als fünfzehn (von sechzig) ParlamentarierInnen, die mein Gesuch unterstützten.
Da das Geschäft von der Traktandenliste gestrichen wurde, konnte es nicht behandelt werden. Was wiederum zur Folge hatte, dass l'étrive den endgültigen Vertrag mit Victorinox unterzeichnen konnte. Ufff!

Ende gut alles gut? Naja. Das ungute Gefühl, das mich bei diesem Geschäft gegenüber dem Gemeinderat beschlich liess mich nie mehr richtig

los. Ich lese die Anträge des Gemeinderats heute noch genauer.

Noch eine kleine Episode aus der ganzen Geschichte: wie schon erwähnt gelangte ich an mehrere RatskollegInnen, um sie zu überzeugen.
Ein SP Mann erklärte mir, warum er nicht die Seite von l'étrive ergreifen konnte. Seiner Ansicht nach sollten alle Integrations-Institutionen geschlossen und die Menschen in den ersten Arbeitsmarkt überführt werden. In Verantwortung der Privatwirtschaft. Wirklich in der SP? Übrigens der Mann arbeitet in einer Organisation für Menschen mit Beeinträchtigungen als Sozialpädagoge.
Zum Glück gibt's die PdA.

Pesche Heiniger, Stadtrat PdA/POP Biel/Bienne

80 JAHRE BEFREIUNG VON FASCHISMUS UND KRIEG

Vor genau 80 Jahren endete 1945 eine der dunkelsten Epochen Europas: Die faschistischen Regime Italiens und Deutschlands hatten den Kontinent in Krieg und Genozid gestürzt. Wie der antikoloniale Denker Aimé Césaire betonte, war der Faschismus der «nach Hause geholte Imperialismus» – eine brutale Machtpolitik, die zuerst nur die kolonialisierten Länder getroffen hatte und nun auch die europäischen Gesellschaften selbst zerfrass. Gleichzeitig diente er der Zerschlagung von Arbeiterbewegungen und kommunistischen Kräften, die als Bedrohung für die Machteliten galten. Diese Verbindung von Gewalt, Wirtschaftssystem und Herrschaft zeigt: Der Faschismus lässt sich nicht auf die Vergangenheit reduzieren und der antifaschistische Kampf ist noch lange nicht vorbei. Deshalb organisiert die Partei der Arbeit Bern eine Reihe von Veranstaltungen und Konferenzen, um dieses Thema zu vertiefen.

Den Auftakt der Reihe bildet eine Veranstaltung zum Kriegsende und zum antifaschistischen Widerstand. Als Gast begrüssen wir Maurizio Coppola – Soziologe, Journalist und Mitglied der nationalen Koordination der italienischen Partei «Potere al Popolo». In seinem Vortrag analysiert er die historische Situation Italiens und die Rolle der antifaschistischen Bewegung. Ausserdem werden wir an Ettie und Peter Gingold erinnern, die beide in der französischen Résistance aktiv waren und ihr ganzes Leben dem Kampf für eine bessere Zukunft widmeten. Zum Abschluss der Veranstaltung, feiern wir die Befreiung Italiens am 25. April 1945 mit revolutionären Liedern interpretiert vom «Pop'chestra».

Programm:

15 Uhr: Hommage an Ettie und Peter Gingold
15:30 Uhr: «Zeit für Zeugen» (Film 30 min) über das Wirken von Ettie und Peter Gingold. Anschliessend Vortrag und Diskussion mit Maurizio Coppola
17 Uhr: Apéro gespendet von «Lupi Solidali»
17:30 Uhr: Konzert «Pop'chestra»

Siamo tutte e tutti antifascisti!

SAMSTAG, 26. APRIL 2025, AB 15 UHR IM BREITSCH-TRÄFF, BREITENRAINPLATZ 27, 3014 BERN.

WIDERSTAND GEGEN DAS «ENTLASTUNGSPAKET 27»!

Der Bundesrat hat Ende Januar 2025 die Vernehmlassung zu seinem Sparvorhaben «Entlastungspaket 27» (EP27) gestartet. Nach dem Verzicht auf Steuereinnahmen, z.B. durch die Unternehmenssteuerreformen, und der Entscheidung des Parlaments mehr für die Armee auszugeben, verlangt die «Schuldenbremse» nun Massnahmen zum Ausgleich des Bundeshaushalts.

In den Jahren 2027 und 2028 erwartet der Bundesrat Defizite von «bis zu 3 Milliarden Franken» und das Sparpaket soll 2027 2,7 Milliarden und 2028 3,6 Milliarden «Einsparungen» bringen. Die Zeche soll die Bevölkerung der Schweiz zahlen, mit 59 Massnahmen[1] , die den Service Public weiter abbauen, die Bildung verteuern und weniger für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt tun. Detail am Rande: Am 12. Februar 2025 hat der Bund kommuniziert, dass das für 2024 budgetierte Defizit von 2,6 Milliarden nicht eingetroffen ist... Gleichwohl will er an seinem Sparpaket EP27 festhalten.

Die Formulierung vieler Massnahmen ist ebenso verschleiernd wie der schönfärberische Titel «Entlastungspaket», z.B. «Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferbeihilfe», «Erhöhung des Kostendeckungsgrads im regionalen Personenverkehr» oder «Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen». Viele der Kürzungen werden mit einer Entflechtung der Aufgabenbereiche von Bund und Kantonen gerechtfertigt. So bedeutet das Sparpaket in vielen Bereichen ausserdem eine Kostenverschiebung vom Bund hin zu den Kantonen, die auch kein Geld haben um die Ausfälle zu kompensieren. Statt also in eine zukunftsfähige Umwelt-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik der Schweiz zu investieren, kündigt der Bundesrat ausgerechnet in diesen zentralen Bereichen Kürzungen an – auf Kosten der Kantonshaushalte sowie der Bevölkerung und zugunsten der Armee.

Nehmen wir als Beispiel den Hochschulbereich. Laut vpod[2], sind Universitäten, ETHs und Fachhochschulen besonders betroffen. Bereits im vergangenen Herbst haben die Räte in diesem Bereich die finanzielle Unterstützung eingeschränkt. Jetzt sollen weitere Massnahmen kommen. Der Angriff ist derart massiv, das sogar der ETH-Rat, der Schweizerische Nationalfonds und Innosuisse Anfang Februar öffentlich dagegen auftraten. Sie befürchten einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Auf dem Rücken der Studierenden sollen jährlich 200 Millionen «eingespart» werden, indem die Studiengebühren für «inländische» Studierende verdoppelt und für «ausländische» Studierende vervierfacht werden sollen! Diese fremdenfeindliche Massnahme schränkt den Zugang zu höherer Bildung weiter ein und fördert so eine Elitebildung für wenige Wohlhabende.

Dieses Paket verbaut Zukunftschancen statt sie zu fördern und muss vom Tisch! Ein Teil der Massnahmen ist automatisch dem Referendum unterstellt. Ein anderer Teil, darunter die Erhöhung der Finanzierung der Hochschulbildung durch die Studierenden und des öffentlichen Verkehrs durch die Nutzer:innen, die Kürzung der finanziellen Unterstützung für Forschung, künstlerische und sportliche Aktivitäten, ausserschulische Betreuung und Umweltpolitik, bedarf jedoch keines Referendums. Das Referendum wird also nicht reichen. Es braucht breiten Widerstand gegen diesen Kahlschlag!

Das Sparpaket ist bis zum 5. Mai in der offiziellen Vernehmlassung bei den Kantonen, den «in der Bundesversammlung vertretenen Parteien», den gesamtschweizerischen «Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete» sowie denen der Wirtschaft. Unter letztere fällt übrigens auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund... In der Wintersession ist dann die Behandlung im Nationalrat geplant.

An den Universitäten von Genf und Lausanne hat die darüber hinaus gehende Mobilisierung bereits begonnen, Informationsveranstaltungen werden organisiert und Komitees gegründet. Das sollte an möglichst vielen Hochschulen passieren. Die PdAS ruft alle auf sich an diesem Widerstand zu beteiligen.

Auch ausserhalb des Bildungsbereichs ist es nötig, möglichst viele Menschen über den geplanten Kahlschlag zugunsten der Armee zu informieren. Wir sollten Informationen zu den jeweiligen Themenbereichen erarbeiten, die als Flugblätter oder auf Social Media benutzt werden können. Wenn Ihr

die Parteileitung dabei unterstützen wollt, meldet Euch. Im Herbst, spätestens zur Behandlung in den Räten, brauchen wir eine Demonstration auf dem Bundesplatz. Weg mit EP27!

1.) Übersicht Massnahmenpaket und Vernehmlassungsvorlage (https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/aktuell/brennpunkt/entlastungspaket-27.html; 29.3.25)
2.) https://vpod.ch/news/2025/stoppt-den-kahlschlag/, 29.3.25

Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch
Kontonummer: 30-26786-9
IBAN: CH51 0900 0000 3002 6786 9

BRÄTELN 27. JUNI

Freitag 27. Juni, ab 18 Uhr. Gemeinsames Bräteln der PdA und der Kommunistischen Jugend Bern. Familiengärten Engehalde Bern (fast unter dem Felsenauviadukt). Wir stellen das Feuer und ein paar Getränke zur Verfügung. Das Essen bringt jede/r selber mit. Bei schlechter oder unsicherer Wetterprognose werden wir den Anlass am Vortag auf pdabern.ch absagen.

1. MAI DEMO: GEMEINSAM STARK! SOLIDARITÄT STATT HETZE

Ab 16.00 Uhr Besammlung Kramgasse
16.30 Uhr Abmarsch
17.00 Uhr Reden Bundesplatz
Ab 18.00 Uhr Fest auf dem Bundesplatz
Risotto mit Maibändel gratis
Getränke- und Verpflegungsstände
Info-Stände, Kinder-Spielewerkstatt

Interpellation aus dem Stadtrat Bern

WARUM KOMMUNIZIERT DIE STADT BERN ÜBER X

Fragen
Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:
Ist der Gemeinderat bereit, die von der Stadt Bern betriebenen X-Accounts zu löschen und den Informationsauftrag über andere – weniger umstrittene – Kanäle zu gewährleisten?

Begründung
Die Stadtverwaltung betreibt mehrere X-Accounts (vormals Twitter). Seit der Kurznachrichtendienst im Jahre 2022 von Elon Musk gekauft wurde, werden auf X aktiv rechtsradikale und menschenverachtende Positionen gefördert und verbreitet. Es gibt genügend andere Kommunikations-Apps, die die Stadt Bern nutzen kann. Darum soll der Gemeinderat sämtliche Accounts, die die Verwaltung auf X betreibt mit sofortiger Wirkung löschen.

Bern, 23. Januar 2025
Erstunterzeichnende: David Böhner, Matteo Micieli, Tobias Sennhauser, Muriel Graf

ES DARF NICHT AB-GESTIMMT WERDEN

Über die von der PdA Bern und der KJ 2020 lancierte Initiative für einen lokalen Gratis-ÖV darf nicht abgestimmt werden. Laut Bundesgericht verstösst sie gegen die Bundesverfassung.

In Adelboden gibt es Gratisbusse. In diversen andern Touristenorten auch. Was im Interesse des Fremdenverkehrs ohne weiteres zulässig ist, soll laut Bundesgericht in der Stadt Bern gegen die Verfassung verstossen. Warum das so sein soll, ist dem Urteil des Bundesgerichts nicht zu entnehmen: Es verliert darüber kein Wort.

Art. 81a Abs. 2 der Bundesverfassung sieht vor, dass die Kosten des öffentlichen Verkehrs zu einem angemessenen Teil durch die Fahrpreise gedeckt werden sollen, welche von den Nutzerinnen und Nutzern bezahlt werden. Diese Bestimmung wurde 2014 in einer Volksabstimmung angenommen und in die Bundesverfassung eingefügt. Die dem Stimmvolk vorgelegte Vorlage trug den Titel "Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)" und betraf die Verdichtung der überregionalen Taktfahrpläne und die Erweiterung der Kapazitäten. Vom innerstädtischen Bus- und Tramverkehr war in den gesamten Abstimmungsunterlagen mit keinem Wort die Rede.

Wäre die Meinung des Bundesgerichts richtig, dass ein Gratis-ÖV auf kommunaler Ebene aufgrund dieser neuen Verfassungsbestimmung nicht zulässig sei, so müsste die Abstimmungsvorlage von 2014 nachträglich als ausgesprochene Mogelpackung bezeichnet werden. Wir hätten dann einer Vorlage zugestimmt, die einen ganz anderen Inhalt hatte, als die Behörden im Vorfeld behauptet hatten. Und warum dann in Adelboden gleichwohl Gratisbusse herumfahren dürfen, wäre auch völlig unverständlich.

Tatsache bleibt, dass die Einführung von Gratis-ÖV eine wirksame ökologische und soziale Massnahme ist. Sie reduziert den motorisierten Individualverkehr, vermindert Lärm und Abgase und verteilt die Kosten des öffentlichen Verkehrs sozial gerechter, weil die Finanzierung über Steuern auf die finanzielle Situation der einzelnen Benützreinnen und Benützer Rücksicht nimmt.

Laut Bundesgericht dürfen Gemeinden trotz dieser offensichtlichen Vorteile keinen Gratis-ÖV einführen. Vielmehr müssen die Passagiere zwingend einen angemessenen Teil der Kosten mit den gekauften Billetten bezahlen. Was ein angemessener Teil ist, weiss das Bundesgericht ebenfalls nicht. Es muss einfach mehr als Null sein. Vielleicht sollten wir eine Initiative starten, welche ein monatliches Generalabonnement für den städtischen Verkehr verlangt, das im Monat 10 Franken kostet. Damit wäre dann wohl dem angeblichen Inhalt der Verfassungsbestimmung Genüge getan, und die Behörden und das Bundesgericht hätten keine faule Ausrede mehr, um eine Abstimmung über die Initiative zu verhindern.

PdA Bern